



Univ.-Prof. Dr. Michael Enzinger

Beraten statt strafen

Am 19. April hat im Hohen Haus eine Klubenquete zur Frage stattgefunden, wie das Überangebot an Vorschriften auf ein praktikables und vernünftiges Ausmaß reduziert werden kann. Wir leiden – 100 Jahre nach dem Ende der Monarchie – immer noch an den Ausläufern der obrigkeitsorientierten Verwaltung der damaligen Zeit.

Rechtsanwälte leben davon, mit Vorschriften zu hantieren. Aber wir sind auch Unternehmer und daher tagtäglich vom Bürokratismus direkt betroffen. Zu unseren Kernkompetenzen zählt, unsere Klienten dahingehend zu beraten, wie sie sich rechtskonform zu verhalten haben und damit Strafen vermeiden. Das ist nicht immer leicht: Viele Unternehmen stehen vor der Problematik, wenn sie wirtschaftlich agieren wollen, werden sie von der Verwaltung daran gehindert oder mit drakonischen Strafen bedroht. Ich erinnere an die Causa Do & Co mit dem Catering für die ÖBB. § 45 VStG sieht vor, dass die Behörde von einer Bestrafung absehen und stattdessen auch eine Ermahnung aussprechen kann, wenn die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsguts sowie das Verschulden gering sind. Leider fristet diese Bestimmung ein Schattendasein und ist im Bewusstsein der Behörden wenig verankert. Je komplexer die Vorschriften werden, desto wichtiger wird die Beratungsfunktion von Behörden. Das verlangt ein neues Behördenleitbild, ein neues Denken der Verwaltung, die sich weniger damit beschäftigen sollte, Strafvorschriften zu erfinden und zu exekutieren, sondern den Betroffenen Hilfestellungen anzubieten. Die Verhältnismäßigkeit von Strafen muss gewährleistet sein. Die Balance zwischen dem Kriminalstrafrecht und dem Verwaltungsstrafrecht ist wegen des Kumulationsprinzips nicht mehr gegeben. Wenn ein Verwaltungsdelikt viel strenger bestraft wird als ein Verbrechen nach dem Strafgesetzbuch, besteht Handlungsbedarf. Die Rechtsanwaltskammer Wien appelliert an den Gesetzgeber, der Überreglementierung Einhalt zu gebieten und Verwaltungsvorschriften auf ihre aktuelle Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit hin zu überprüfen. Nur ein schlanker Staat schafft Wachstum und Arbeitsplätze. Dazu ist auch ein neues Behördenleitbild notwendig. Denn: Beraten bringt mehr als strafen!